

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Frangierlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 284.

Mittwoch, den 4. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Keine Konflikte.

Vor einigen Tagen hieß es, die Regierung habe der Obersten Seeresleitung aufgetragen, von Wilhelmshöhe nach Berlin zu übersiedeln und den General v. Eberhardt zur Disposition zu stellen, weil er gegen die AER und gegen die Abzeichen der Revolution Stellung genommen habe.

Das Verlangen nach der Übersiedlung ist entweder gar nicht gestellt oder als unpraktisch unter den jetzigen Verhältnissen zurückgezogen worden. Dagegen wird jetzt ein Erlaß Hindenburgs an das stellvertretende Generalkommando des 18. Armee-Korps veröffentlicht, in dem er davon ausgeht, daß nach dem Beschlusse der Reichskonferenz die Bundesstaatenbevollmächtigten bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die AER als Repräsentanten des Volkswillens zu gelten haben. Ohne jeden Vorbehalt nimmt er diesen Grundlag für die ihm anvertraute Armee an und weist sie deshalb darauf hin, daß Konflikte mit diesen Körperschaften zu vermeiden sind. Die Festlegung von Persönlichkeiten, die zu den AER gehören, durch die Kommandobehörden und Truppen wird strengstens verboten. Wenn nun die Mitglieder der Räte in unzulässiger Weise in die Maßnahmen der Kommandobehörden eingreifen, so soll dies unverzüglich der Obersten Seeresleitung gemeldet werden. Die Reichsregierung ihrerseits ist ersucht worden, die Räte anzuweisen, daß sie den militärischen Anforderungen der Kommandobehörden für die Rückführung der Truppen nachkommen und sich jeden eigenmächtigen Eingreifens enthalten. Ebenso dürfen aber auch die Kommandobehörden und Truppen nicht in die Angelegenheiten der Räte eingreifen. Beschwerden in dieser Richtung sind an die stellvertretenden Generalkommandos zu richten. Da eine scharfe Abgrenzung der Befugnisse nicht möglich ist, muß erwartet werden, daß von den Truppen des Feldheeres unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse nichts unternommen wird, was Erregung unter der Bevölkerung hervorrufen könnte. Dies gilt im besonderen auch hinsichtlich des Vorgehens gegen rote Fahnen und Abzeichen. An diesen soll, wenn sie in würdiger Form gezeigt und den Truppen etwa in Gestalt von Blumen zur Begrüßung dargebracht werden, ebenso wenig Anstoß genommen werden, wie dies von den AER und von der Bevölkerung hinsichtlich anderer Abzeichen und Flaggen erwartet werden muß.

Kann es eine ruhigere, eine loyalere Regelung von Streitfragen geben, um die sich an einigen Stellen jetzt die Gemüter erhitzen? Seid untertan der Obrigkeit — diese Weisung stellt Hindenburg an die Spitze seiner Anordnung, und da wir bis zur Nationalversammlung keine andere Obrigkeit in Deutschland haben, als die AER und ihre Organe, so gebührt diesen einwilligen der Respekt, den wir bisher den früheren staatlichen Behörden zu zollen hatten. Daraus folgt alles weitere ganz von selbst. Allerdings besteht Hindenburg auch auf Gegenseitigkeit, da sonst die Zurückführung der Heere in die Heimat ernstlich in Frage gestellt würde, eine Auffassung, in der ihn die Reichsregierung sicherlich gern unterstützen wird. Um so anglicklicher sollte die Ausprägung von Gerüchten vermieden werden, die nur Mißtrauen und Zwietracht zwischen Volk und Heer erzeugen können. So war z. B. in der Donnerstagssitzung der Berliner Soldatenräte behauptet worden, im Westen seien Freiwilligenkorps in der Bildung begriffen mit der Aufgabe, nach Berlin zu marschieren und hier „die Anarchie aufzusammeln“. Gespenster einer aufgeregten Phantasie, nichts weiter, aber doch wohl geeignet, gläubige Gemüter zu beunruhigen. Unsere Fußsoldaten, die bis zuletzt in Dreck und Schlamm ausgehalten und die schwersten Entbehrungen aus Liebe zum Vaterlande willig auf sich genommen haben, kennen jetzt nur den einen Wunsch: nach Hause, endlich wieder in ruhige und geordnete Zustände. Jeder, der ihnen dabei im Wege steht, kann auf alles andere eher rechnen als auf ihre Zustimmung. Deshalb haben wir alle die Pflicht, auf Ordnung zu halten im Lande, genau so, wie Hindenburg das Heer in Ordnung hält, so lange es noch nicht wieder aufgefunden ist in die Gesamtheit des deutschen Volkes.

Auch sein neuester Aufruf an die Kameraden, der ihnen über die Vorarbeiten zu einem großzügigen Siedlungswerk berichtet als Dank des Vaterlandes für die beimkehrenden Krieger, dient diesem Zweck. Wer bis zu seiner ordnungsmäßigen Entlassung keine Pflicht getan, der soll eine Heimstätte erhalten, je nachdem, wenn er Landwirt, Gärtner, ländlicher Handwerker ist, auf dem Lande, wenn er städtischer Arbeiter, Angestellter, Beamter ist, in Gartenstädten und Gartenortstädten, wo er durch schwere, aber auch lohnende und fruchtbare Arbeit sich sein Glück selbst schmieden kann. Freie Herren auf deutschem Grund und Boden sollen sie werden. Nur noch eine kurze Zeit Geduld! „Selbst unserem wunden Vaterlande über seine schwerste Zeit hinweg, rettet es noch einmal durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungssinn, dann bereitet ihr eure eigene Zukunft, euer eigenes Glück.“ So ruft Hindenburg allen seinen Söhnen zu. Wenn sie es gut mit sich selbst meinen, werden sie auch jetzt auf ihn hören, wie sie es bisher immer getan haben.

Die größte Ehrfurcht schulden wir diesem Manne, sagte Scheidemann am letzten Sonnabend vor Laufenden von Unteroffizieren, die sich ganz im Sinne Hindenburgs der neuen Regierung zur Verfügung stellten. Ein Volk ehrt nur sich selbst, wenn es seinen bewährten Führern treu bleibt.

Fochs unerfüllbares Ultimatum.

Verletzung des Waffenstillstandes.

Schon seit einiger Zeit war es unverkennbar, daß die von amerikanischer und englischer Hilfe mit in die Reihe der Sieger gestellten Franzosen im Übermutrausch des Erfolges die Waffenstillstandsbedingungen derart zu deuten und zu drehen veruchten, um Anlaß zu weiteren Streitigkeiten zu finden. So hatte Foch bekanntlich die Forderung nach Auslieferung der stärksten und besten Lokomotiven erhoben, obwohl davon im Waffenstillstandsvertrag nichts gesagt war und diese Forderung dem Sinn der Abmachungen absolut nicht entsprach.

Marschall Foch sandte Sonntag ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum an die deutsche Regierung, in welchem er die Auslieferung der schwersten Lokomotiven verlangt. Dieses Ultimatum ist Montag um 10 Uhr morgens abgelaufen.

Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, hat gegen dieses Vorgehen des Generalissimus Foch entschieden Einspruch erhoben und erklärt, daß es unmöglich sei, dieser Forderung nachzukommen, selbst wenn das deutsche Wirtschaftsleben in die völlige Unordnung gestürzt würde, um die stärksten Lokomotiven herauszufinden und aus dem Verkehr zu ziehen. Staatssekretär Erzberger hat einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der dahin geht, daß an die Franzosen sämtliche in Reparatur befindlichen Lokomotiven ausgeliefert werden, was aber nicht vor dem 1. Februar der Fall sein kann.

Foch soll sein Einverständnis hiermit erklärt haben. Die Frist war am Montag vormittag abgelaufen. Aus der Ueberschreitung haben die Franzosen keine Folgerungen gezogen.

Unberechtigte Absperrung des Saarreviers.

Foch hat eine absolute Grenzsperrung über Elsaß-Lothringen einschließlich der preussischen Gebiete von Saarbrücken und Saarland verhängt. Das bedeutet, daß in den genannten Gebieten Wahlen zur Nationalversammlung nicht vorgenommen werden können, und daß die Saarfrage für uns verlorengeht.

Diese Grenzsperrung ist die schlimmste Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen, die überhaupt von Seiten der Franzosen bis jetzt verübt worden ist. In Maaßen haben die Franzosen Kontribution erhoben und Geiseln stellen lassen. Das ist ebenfalls gegen die ausdrücklichen Abmachungen der Waffenstillstandskommission.

Will Foch nach Berlin marschieren?

Der Vorwärts bemerkt zu dem Gewaltvorgehen Fochs:

Der Verlust des französischen Generalissimus Foch, seinen Triumph mit dem Einzug in Berlin zu feiern, war schon längst erkennbar. Er steht in diesem Augenblick vielleicht schon vor seiner Verwirklichung. Die Verletzung Deutschlands ist unter den gegenwärtigen Umständen kein militärisches Kunststück, sie ist auch in keiner Weise eine politische Notwendigkeit. Sie könnte es höchstens in dem Sinne sein, daß die sozialistisch-politische Opposition im Westen durch eine letzte, höchste Aufzettelung der nationalitätlichen Leidenschaften niedergeschlagen werden soll. Generalissimus, sei es deutsche oder französische, kann der Welt kein Glück und keinen dauernden Frieden, sondern nur immer neues Unheil bringen. Verliert man in uns das Vertrauen in die internationale Gerechtigkeit, so bleibt uns nur das Vertrauen in die Kraft unseres Volkes, die unsersicherbar ist!

Die Schadenersatzforderungen an Deutschland.

Haag, 3. Dez. Der parlamentarische Mitarbeiter der entschieden liberalen „Daily News“ sagt, daß folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht wurden:

- 1) Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2—2½ Milliarden Pfund Sterling berechnet.
- 2) Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgebaut, und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern beschafft werden.
- 3) Es soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffsraum geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen soll, daß sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren oder daß auf deutschen Werften für britische oder alliierte Rechnung Rauffahrtsschiffe gebaut werden.
- 4) Außer dem Schadenersatz für Belgien und Nordfrankreich ist eine Entschädigung für sämtliche Verluste zu zahlen.
- 5) Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.
- 6) Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren geleistet werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenherzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.
- 7) Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gut zu machen.

Verstrebene Meldungen.

Amsterdam, 2. Dez. Aus Lorenzo Marqués meldet Reuters offiziell, daß v. Bettow-Borbeck sich mit 20 Offizieren, 125 Europäern, 1165 Eskorten, 1518 Kasträtern, 482

portugiesischen und Eingeborenen-Pasträgern, 13 Häuptlingen, 283 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergeben hat. Die Eskorten wurden nach Labora und die Deutschen nach Darbrach befördert.

Swingmünde, 2. Dez. An die ausländischen Konsulate an der deutschen Nordsee- und Ostküste ist die Mitteilung gekommen, daß in den nächsten Tagen von England englische Schiffe in deutschen Häfen eintreffen werden, um die in Deutschland gefangenen Engländer in die Heimat zurückzubringen.

Kiel, 2. Dez. Gestern nachmittag ist eine Flottille von 12 englischen Zerstörern in Vibau angekommen. — Die englische Marinekommission trifft morgen in Wilhelmshaven ein.

Kraus, 2. Dez. Das Lemberger Militärkommando ordnete an, daß alle Offiziere und Soldaten der deutschen Armee binnen 48 Stunden die Stadt und ihre Umgebung verlassen, ferner daß die ohne Bewilligung der Militärbehörden organisierten lässlichen Abteilungen in Lemberg aufgelöst und entwaffnet werden.

Bern, 2. Dez. Nach der „Dalla Mail“ ist die Abreise des Admirals Browning mit einem Marineauschuss der Verbündeten auf einem englischen Geschwader nach Kiel, wo sie die Abreise der deutschen Flotte überwachen wollen, wegen Minengefahr verschoben worden.

Berlin, 3. Dez. (WB) Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet aus Spa: Die Entente sicherte unseren in Finland befindlichen Truppen freies Geleit nach Deutschland zu.

Die heimkehrende Armee.

Im Westen verläuft die Räumung weiter planmäßig und in Ordnung. Der Rheinübergang ist wohl überall ganz oder beinahe vollendet und von großen Störungen ist nichts bekannt geworden.

Die Front nach der Heimat

Stand Sonntag mit ihren Spitzen in der Linie Burgsteinfurt—Münster—Soest—Arnsberg—Attendorf—Freudenberg—Braunsfeld—Südwestlich Weiler—Hanau—Darmstadt—Niedersachsen—Heidelberg—Ohringen—Freibingen—Gailw—Neullingen—Sigmaringen—Tutlingen—Eugen—nordöstlich Schaffhausen.

Im Osten: unangenehmen Vorkommnisse kam es in Manne zwischen der Bahnwache des AER und einem aus dem Felde heimkehrenden Gardebataillon. Die Fronttruppen hatten einen Bahnposten niedergeschlagen. Darauf entwickelte sich ein Feuergefecht, wobei auch Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Dabei wurden vier Frontsoldaten schwer verletzt, die Garbisten stürmten alsdann das Postgebäude vor dem Bahnhof. Hierbei wurde ein neunjähriger Knabe getötet, ein Garbist und ein Bahnposten verletzt.

Belgier in Maaßen und Jülich.

Am Sonntag nachmittag ist Maaßen von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden. Es wurde die belgische Zeit eingeführt, die eine Stunde früher ist als die deutsche und ferner bestimmt, daß alle Lokale um acht Uhr abends geschlossen sein müßten. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße sehen lassen. Einem Mitglied des Soldatenrates, der vom belgischen Kommandanten empfangen werden wollte, ließ der Kommandant erklären, daß der Soldatenrat abgesetzt sei und daß von nun an in Maaßen nur noch der Oberbürgermeister als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen zwei Tage nicht erscheinen und werden dann der strengsten Zensur unterworfen. Auch in Jülich rückten Belgier ein. Der belgische Kommandant erließ die strengsten Verordnungen, die ganze Zivilbevölkerung muß die vorübergehenden Offiziere grüßen und dabei den Bürgersteig verlassen. Jede Befehlsübertretung wird mit Erschießen bedroht.

Das Schicksal der Armee Maassen

Scheint noch immer nicht endgültig festzustehen. Hauptächlich kommen für die Behinderung des Rückmarsches rumänische Treibereien in Betracht.

Die Waffenstillstandskommission in Spa besaßte sich in der Sonntagssitzung mit der Frage der Internierung der Armee Maassen, über welche weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Armee Maassen nicht interniert werden, sondern muß sich unverzüglich hinter die deutsche Grenze zurückziehen. Es wurde der Antrag gestellt, die gegebene Frist zu verlängern.

Die Rumänen hatten behauptet, Maassen hätte die Waffenstillstandsbedingungen verletzt dadurch, daß er einen neuen Krieg auf rumänischem Boden begonnen hätte. Das ist unrichtig. Nach ehe der Waffenstillstand bekannt war, wurde der Befehl zur Räumung Rumäniens gegeben. Die deutsche Verteidigung bezweckte ausschließlich, den Abtransport der Verbündeten und den Rückzug der Armee zu sichern. Am 11. November, dem Tage des deutschen Waffenstillstandes, hatte die Entente bereits seit zwei Tagen die Offensive an der Donau aufgenommen und den Strom überschritten. Hätte sie den Abschluß des Waffenstillstandes und die an allen Orten Rumäniens an diesem Tage nachdrücklich in Gang befindliche Räumung abgewartet, so wäre jeder kriegerische Konflikt vermieden worden. Die Reichsregierung hat bisher nur von dem Ultimatum an die Armee Maassen zur Räumung Rumäniens vom Tage vor dem allgemeinen Waffenstillstand Kenntnis erhalten. Von einer tatsächlichen Kriegserklärung Rumäniens, das sich während der Besetzung ausdrücklich als neutralen Staat bezeichnet hatte, ist nichts bekannt. Drei Infanterieregimenter der Seeresgruppe Maassen sind in Oberberg eingetroffen.

In der Ukraine alles wohl.

Zur Beruhigung aller Angehörigen der Okkupationsgruppen aus der Ukraine, besonders aus der Umgegend

von Odeha, kann mitgeteilt werden, daß nach einem Funk-
spruch des Stappentkommandos 31 dort alles wohlstand ist.
Nirgends ist die Ruhe gestört. — Das Stappentkommando 31,
die zweite schwere Funkabteilung Oberst, Staffelführer 547,
leichte Munitionskolonnen 807, 979, 1025, Feldbäckerei-
kolonnen 1/2, 224, 305, Flakzüge 19 und 153, werden dem-
nächst in die Gegend Drest-Litomst und dann in die
Seimat befördert. Auch die Funker bei der Funken-
station Nikolajew sind wohlstand.

Deutsche Nationalversammlung.

433 Abgeordnete.

Für die am 18. Februar n. J. anberaumten Wahlen
können für Frauen und Männer getrennte Wahllisten an-
gelegt werden. Jeder Wahlbezirk soll durchschnittlich
2500, höchstens 3500 Einwohner umfassen. In jedem
Wahlbezirk soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden,
der mit dem Wahlkommissar über die Befestigung von
Mängeln des Wahlvorrichtungs u. v. m. verhandelt. Die
Prüfung des Abstimmungsresultates muß spätestens am
folgenden Tage erfolgen. Die in der Verordnung fest-
gesetzten 38 Wahlkreise sind folgende:

Wahlkreis	Wahlbezirk	Wahlkreis	Wahlbezirk
1. Die Provinz Ostpreußen	2 064 175	14. Die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Lüneburg	1 062 304
2. Die Provinz Westpreußen	1 703 474	15. Die Regierungsbezirke Pommern und Danzaburg sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Verden und Lüneburg	1 041 810
3. Die Stadt Berlin	2 071 257	16. Die Regierungsbezirke Hannover, Albedheim, Lüneburg und Braunschweig	2 356 356
4. Die Reichstagswahlkreise Potsdam 1 bis 4 sowie die zum Regierungsbezirk Potsdam gehörenden	1 544 851	17. Die Regierungsbezirke Münster und Bielefeld, der zur Provinz Westfalen gehörende Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe	1 071 486
5. Der Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört	1 814 576	18. Der Regierungsbezirk Arnberg	2 309 649
6. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O.	1 233 189	19. Die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner der Kreis Weimar, von Regierungsbezirken Koblenz sowie Bielefeld	2 251 029
7. Die Provinz Pommern	1 716 921	20. Die Regierungsbezirke Köln und Aachen	1 940 317
8. Die Provinz Böhmen	2 899 831	21. Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier ohne den Kreis Weimar, ferner das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Verden	1 750 819
9. Der Regierungsbezirk Breslau	1 841 808	22. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1-5, soweit sie zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehören	1 820 508
10. Oppeln	2 207 081	23. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 6-12 des Regierungsbezirks Düsseldorf	1 507 700
11. Danzig	1 176 583	24. Die Regierungsbezirke Oberbayern u. Schwaben	2 321 918
12. Magdeburg u. Anhalt	1 580 118	25. Die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz	1 324 615
13. Merseburg	1 309 510	26. Die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken	2 308 073
14. Die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Lüneburg	1 062 304	27. Der Regierungsbezirk Weimar	937 085
15. Die Regierungsbezirke Pommern und Danzaburg sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Verden und Lüneburg	1 041 810	28. Die Reichstagswahlkreise 1-9	1 771 117
16. Die Regierungsbezirke Hannover, Albedheim, Lüneburg und Braunschweig	2 356 356	29. 10-14	1 165 330
17. Die Regierungsbezirke Münster und Bielefeld, der zur Provinz Westfalen gehörende Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe	1 071 486	30. 15-23	1 870 214
18. Der Regierungsbezirk Arnberg	2 309 649	31. Der Reichstagswahlkreis 24	1 297 533
19. Die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner der Kreis Weimar, von Regierungsbezirken Koblenz sowie Bielefeld	2 251 029	32. Der Reichstagswahlkreis 25	1 211 047
20. Die Regierungsbezirke Köln und Aachen	1 940 317	33. Baden	2 142 833
21. Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier ohne den Kreis Weimar, ferner das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Verden	1 750 819	34. Hessen	1 282 051
22. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1-5, soweit sie zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehören	1 820 508	35. Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck	863 900
23. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 6-12 des Regierungsbezirks Düsseldorf	1 507 700	36. Die Thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Hessen-Nassau gehörende Kreis Schmalkalden	2 100 002

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

49. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Dabei hatte sie fast mit dem Schleier den Kranz der Braut herabgerissen, und sie tat Josta so wohl, daß diese instinktiv wie schuschend nach Rainers Hand griff.

Die Baronin Rittberg stand dicht neben der Braut und bemerkte das. Sorglich und liebevoll, wie eine Mutter, riefte sie der Braut den Kranz wieder zurecht und sagte einige scherzhaft. Aber später sagte sie zu ihrem Gatten:

„Weißt du, Dietl, die Gräfin Gerlinde hat ein Gesicht zum Fürchten gemacht, als sie die junge Frau in ihre Arme schloß.“

Und zum ersten Mal war ihr ein Zweifel gekommen, ob ihr Gatte mit seiner Aversion gegen die Gräfin nicht doch recht haben könnte.

Der Baron brummte nur etwas in den Bart, und seine Gattin fuhr nachdenklich fort:

„Am Ende ist sie doch böse auf die junge Gräfin Josta, weil diese nun ihren Platz in Ramburg einnehmen wird.“

Die Hochzeitstafel nahm den üblichen Verlauf. Es fand eine große Tafel statt. Die Gemüter hatten sich etwas beruhigt, und es herrschte eine sehr heitere, animierte Stimmung.

Gräfin Gerlinde hatte sich wieder in der Gewalt. Sie sprach förmlich vor Geist und guter Laune, und niemand merkte ihr an, daß ihr Wesen unnatürlich und ihre Heiterkeit gezwungen war.

Auch Graf Henning hatte sich mühsam in eine scheinbar lustige Stimmung hineingestellt. Er hatte schnell einige Glas Wein getrunken und vermied es, Josta anzusehen.

Diese war still und in sich gekehrt.

Auch Graf Rainer kostete es große Ueberwindung, sich an der Unterhaltung zu beteiligen. Das Herz war ihm so voll und schwer, wenn er auf seine blasse, junge Frau blickte, und eine große Unruhe war in ihm, ob es ihm gelingen würde, sie glücklich zu machen.

Gräfin Gerlinde hatte in diesen Wochen ihre

87. Hamburg, Bremen und der Meeres-
rungsbezirk Städte 1 743 545 12
88. Elb- und Ostpreußen 1 874 014 12

Die Wahlordnung bestimmt, daß die Wahlkommissare
unverzüglich ernannt werden müssen, die Ernennung ist
öffentlich bekanntzumachen. Der Wahlkommissar hat
spätestens 1 Woche vor dem Wahltag zur Einreichung
von Wahlvorläufen durch eine Bekanntmachung auszu-
fordern. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vor-
mittags und endet abends 8 Uhr. Der Wahlkommissar
hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl zu
benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer
Woche nach Stellung der Nachricht über die Annahme
der Wahl zu erklären. Schweigen oder Annahme unter
Vorbehalt oder Verwahrung gilt als Ablehnung.

Programmreden.

Mehrheitssozialisten und Deutsche Demokraten.

Berlin, 2. Dezember.

Zu einer großen politischen Kundgebung hatten gestern
die Mehrheitssozialisten Groß-Berlins aufgerufen. Schon
lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal
des Weinhauses Rheingold einschließlich der Tribünen von
Männern und Frauen aller Berufsstände dicht gefüllt.
Von der Versammlung lebhaft begrüßt, nahm als erster
Redner der Volksbeauftragte Ebert das Wort, um über
Ziele und Aufgaben der Revolution zu sprechen.

Die Revolution, so führte er aus, dürfe unter keinen
Umständen zur Diktatur werden. Der Weg, den die
Sozialdemokratie zu beschreiten habe, sei im Erfurter
Programm genau vorgezeichnet. Die Sozialdemokratie
kämpfe nicht für eine neue Klassenherrschaft, sondern für
das gleiche Recht aller. Ihr Ziel sei die Befreiung der
ganzen Menschheit. Die Hauptaufgabe der National-
versammlung werde sein, das deutsche Volk aufs neue zu
einigen und zu festigen. Dann müsse die National-
versammlung den endgültigen Frieden bringen. Die
Sozialdemokratie sei entschlossen, eine Sozialisierung
unserer Industrie so weit und so bald als möglich zur
Durchführung zu bringen. Die Regierung sei entschlossen,
den Kapitalismus in seinen Auswüchsen zu beseitigen.
Die Kriegsgewinne müßten rücksichtslos eingezogen, die
Erbkassenerbe zum Nutzen der Republik weit ausgebaut
werden. Ordnung, Disziplin und Arbeit seien die Grund-
sätze für den Wiederaufbau. Jede Rumpelpolitik müsse ab-
gelehnt und bekämpft werden.

Unter den Ausführungen des zweiten Redners,
Braun, Unterstaatssekretärs im Landwirtschaftsministerium,
verdieneten die Mitteilungen über die geplanten und in
Vorbereitung befindlichen Maßnahmen der landwirtschaft-
lichen Verwaltung bei weitem das größte Interesse. Die
Hauptaufgabe, sagte er, liege darin, die ungeheure aus-
gebreitete Ob- und Moorlandereien im preussischen Staate
zu kultivieren. Ein Vorkaufsrecht des Staates bei Land-
gütern solle festgelegt werden.

Eine zum Schluß zur Annahme gelangte Entschließung
begrüßte den Beschluß der Regierung, die Wahlen zur
Nationalversammlung auszuschieben und betonte den
Willen, die Regierung in ihrem Kampf mit voller Energie
zu unterstützen.

Während in dieser Weise der Bezirk Groß-Berlin der
sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Ziele und
Wege der Revolution festlegte, strömten im Zirkus Busch
Hundert und aber Hunderte Männer und Frauen aller
Stände zusammen, um zu hören, was die neue
Deutsche demokratische Partei ihren Anhängern
zu sagen hatte. Als erster Redner nahm der
Handelsminister Fischer das Wort, um viel-
fach von stürmischem Beifall unterbrochen, sich über die
Stellung der neuen Partei zur neuen Zeit zu äußern.
Mehr als je, erklärte er, sei ein enger Zusammenschluß
aller Staatsbürger notwendig. Die Deutsche Demokratische
Partei wolle Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes
pflegen, nicht aber einen umstürzenden und zerstörenden
Sozialismus. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß in der
Republik und der Demokratie nur ein freies und gleiches
Wahlrecht möglich sei, und sei natürlich gegen alle Aus-
nahmengesetze.

Nach Fischer sprach Prof. Alfred Meier-Helber-
berg: Die Deutsche Demokratische Partei sei nicht gegründet,
um die Verschmelzung zweier aller Parteien vorzunehmen.
Es sei vielmehr etwas Neues im Entstehen. Es sei so
schwierig, daß man die Deutsche Demokratische Partei, wie es
vielerorts geschehen sei, als eine Partei für Bürgerliche
bezeichne. Sie wolle vielmehr eine Partei für das ganze

deutsche Volk sein. Aber unter welchen Schwierigkeiten!
Es treibe einem die Schamröte ins Gesicht, wenn man
daran denke, daß sich im Augenblick deutsche Großindus-
trielle in Spaa befänden, um dort mit den Franzosen zu
beratschlagen, wie man das deutsche Rheinland dem
Feinde zuführen könne. Die Grundlage der alten
Regierung seien Anbetung der Macht, Militarismus,
Kapitalismus und Alldemokratismus gewesen. Unter unserer
Augenpolitik habe keine Weltidee gestanden, und unsere
innere Politik sei nichts als ein Geschäftemachen innerhalb
der Parteien gewesen. In unserer demokratischen Zeit-
alter müsse der politisch gleichberechtigte Mensch auch sozial
gleichberechtigt sein. Der von der Sozialdemokratie er-
strebte internationale Zusammenschluß der Völker sei nur
als Kulturbund möglich. Nur auf diesen Grundlagen lasse
sich der Völkerbund errichten, der andernfalls nichts
anderes als ein Annehmlichkeit des Angelfischentums
zur Aufrichtung seiner Weltbeherrschung sei.

Nachdem noch Prof. Eise Lüders über Stellung der
Frau in der Deutschen Demokratischen Partei und der
Vorstände der deutschen Gewerkschaften Gustav Sart-
mann über die vielfach so falsche Bewertung des deutschen
Arbeitsers gesprochen haben, ergriff als letzter Redner
Unterstaatssekretär v. Gerlach das Wort, um darzulegen,
daß das deutsche Volk ein gleichberechtigtes Mitglied der
Völkergemeinschaft Europas werden müsse, aber keine Vorzugs-
stellung beanspruchen dürfe. Es sei, so schloß er, sein
lebhaftester Wunsch, daß in der Nationalversammlung die
Demokraten und Sozialdemokraten ein Koalitionskabinet
bildeten, an dessen entschlossenem Widerstand jeder Ver-
such einer Gegenrevolution scheitern müsse.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Von ausländischer Stelle hört man, daß die Aufhebung
aller Ausnahmengesetze gegen die polnischen Be-
völkerungsteile unmittelbar bevorsteht. Selbstverständlich
wird ungleichenmäßigen Bestrebungen, von polnischer Be-
völkerung teilweise bewohnte Gebiete vom Reiche oder
von Preußen abzuschneiden, entschieden entgegengetreten
werden. Daran ändert auch die sonderbare Bestimmung
des polnischen Diktators Pilsudski nichts, der bei den
Auswärtigen in Warschau für die polnische Konstitution
zehn Wahlkreise in den Gebieten Deutschlands bezeichnete,
über die demnächst besondere Anordnung ergehen soll.

+ Der in Köln gebildete Freisinnbund der deutschen
Rheinlande setzt sich aus Mitgliedern aller Parteien mit
Ausnahme der Unabhängigen Sozialisten zusammen und
will den in die Erscheinung getretenen Abtrennungs-
bestrebungen entgegenwirken. Es soll die Aufgabe des Bundes
sein, die kulturelle, politische und religiöse Freiheit des
Rheinlandes zu wahren und zu verteidigen und gleich-
zeitig deutsches Denken und deutsches Fühlen dem rheinischen
Volk zu erhalten und zu stärken.

+ Wie die Politisch-parlam. Nachr. von vertrauens-
würdiger Seite hören, haben die Arbeiter- und Soldaten-
räte in den ersten vierzehn Tagen ihres Bestandes einen
Finanzbedarf von achthundert Millionen Mark gehabt.

Der Vorkurs sagt dazu: Ein Urteil über diese
Summe ist erst möglich, wenn mitgeteilt wird, wieviel
hier von Staatsbedarf gewesen ist. Gerade in den ersten
Tagen haben die Räte eine Menge Funktionen staatlicher
und kommunaler Körperlichkeiten von sich aus ausgeübt. —
Nach dieser Erklärung bleibt die Angelegenheit noch so
dunkel, daß sie dringend weiterer Aufhellung bedarf.

+ Staatssekretär Bismarck ist durch Erlass der Preussischen
Regierung zum Preussischen Staatskommissar für Volks-
ernährung bestellt worden. In dieser Eigenschaft übt er
die ihm übertragenen Befugnisse als Landeszentralbehörde
für Preußen aus. Seine Zuständigkeit erstreckt sich auf
alle Fragen, welche die Erfassung und Bewirtschaftung der
Lebens- und Futtermittel betreffen.

+ Die Kommission zur Untersuchung der Anlagen
wegen völkerrrechtswidriger Behandlung der Kriegs-
gefangenen in Deutschland ist Montag in Berlin in den
Räumen der Waffenstillstandskommission zusammengetreten.
Die Sitzung wurde durch eine Begrüßungsansprache des
Staatssekretärs Erberget eingeleitet. Sodann übernahm
der bekannte Völkerrechtler Professor Schücking-
Warburg den Vorsitz.

Frankreich.

+ Scharfe Stellung gegen den französisch-britischen
Sondervertrag nimmt die Pariser sozialistische Presse.

Wenn sie weniger stolz, weniger rücksichtslos gewesen
wären. Wie oft schaffen so die Menschen einander
Pein, ohne es zu ahnen und ohne es zu wollen.
So stehen zwischen Mann und Weib ebenso oft die
Tugenden trennend, wie die Fehler. Und das, sich
einander verschweigen, kann zuweilen störender wirken,
als harte, verletzende Worte, die unbefriedigt hervor-
gestoßen werden.

Die Hochzeitstafel war zu Ende, und in dem ent-
standenen Trübel bei dem Ausbruch von der Tafel
trat Frau von Seiditz als Josta heran.

„Kind, es ist Zeit, du mußt dich für die Reise
ankleiden“, sagte sie und führte Josta hinaus aus dem
frohen Kreise.

Niemand bemerkte das Verschwinden der Braut
als die drei Personen, die sie unablässig beobachtet
hatten — Graf Rainer, sein Bruder und Gräfin Ger-
linde.

Graf Rainer suchte sogleich seinen Schwiegervater
auf, als er Josta mit Frau von Seiditz gehen sah,
um vor der Abreise noch einiges zu besprechen.

Graf Henning aber sah der schlanken, weißen Ge-
stalt mit brennenden Augen nach, und ein tiefer Seufzer
stieß wie ein Stöhnen seinen Lippen, wenn er hätte
seinem Gefühl folgen können, so wäre er hinter Josta
hergeeeilt, hätte sie in seine Arme gerissen und ihr
gesagt:

„Gehe nicht mit Rainer, du liebst ihn nicht, du
weißt nicht, was du tust. Und ich kann dich nicht lassen,
weil ich dich liebe, weil mein Herz nach dir schreit
in höchster Not und Qual.“

Aber er stand starr, wie gelähmt, und sein Gesicht
war bleich und verfallen. Seine Augen folgten Josta
noch durch das leere Nebenzimmer, und er sah, daß sie,
da sie es verließ, ein weißes Spitzentüchlein fallen
ließ — ihr Brautspitzentüchlein. Sie hatte es nicht gemerkt,
da sie schloß sich hinter der weißen Schleppe des
Brautgewandes.

Da kam Leben in Graf Hennings Gesicht. Hastig,
mit unsicherem Schrittem, wie magnetisch angezogen,
ging er hinüber. Er sah er sich um — das Zimmer
war leer. Hastig blickte er sich nach dem zarten, weißen
Tüchlein und hob es auf. Er barg es in seiner Hand

weil er ohne Vorwissen der beiderseitigen Parlamente abgeschlossen worden ist und überdies einem der Hauptgrundsätze des Völkerrechts widerspricht. Humanität, erklärt der Kongress der Internationale werde trotz aller Hindernisse zusammenzutreten.

Großbritannien.

Die englische Arbeiterpartei nahm in ihrer großen Versammlung zu London eine Entschließung an, die folgende Forderungen enthält: Gründung eines demokratischen Völkerbundes auf der Grundlage einer Abschaffung der Völkerpflicht, der Abrüstung und des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker, darunter Irlands und der anderen zum britischen Reich gehörenden Völker. Ferner wird die Zurückziehung der alliierten Heere aus Rußland, die sofortige Wiederherstellung der Arbeiterinternationalität und die Aufnahme eines internationalen Arbeitsgesetzes in den Friedensvertrag gefordert.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 2. Dez. Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, ist der Bergarbeiterstreik so gut wie beendet. Es wird nur noch auf sechs Gruben gestreikt. Im Ruhrrevier ist die Lage unverändert.

München, 2. Dez. Prof. F. W. Förster, der von der neuen bayerischen Regierung als Gesandter in die Schweiz geschickt wurde, erklärt jetzt öffentlich, daß er die Politik Kurt Eisners nicht mehr mit seinem Namen bezeichnen könne.

Berlin, 3. Dez. Wie man erfährt, haben die über die Vereinigung der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen Verständigung geführt. Die Abmachungen werden voraussichtlich morgen ihren formellen Abschluß finden.

Bern, 3. Dez. (WB) Die „Basler Nationalztg.“ schreibt: Man mag über Makimalismus, Sozialismus und Kommunismus denken wie man will, im heutigen Deutschland wären sie Selbstmord. Die Umgestaltung großer Betriebe in Allgemeinbesitz, und die Veränderung der ganzen sozialen Struktur sind Aufgaben, die ein verhungeres, unendlich geschwächtes Volk in seiner größten Not nicht bewältigen kann. Gewiß wird auch der Besitz aufs äußerste herangezogen werden müssen, aber ihn jetzt zu erwürgen, wäre die Selbstvernichtung der Deutschen.

Wien, 2. Dez. Ähnlich wird gemeldet, es seien keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß die Italiener Wien besetzen würden.

Kopenhagen, 2. Dez. Nach einer Meldung aus Betersburg haben die dortigen Bolschewistkrieger einen Überfall auf die norwegische Gesandtschaft ausgeführt. Die Truppenbrannen in die Gesandtschaft ein und bemächtigten sich des Archivs der schwedischen Gesandtschaft.

Belgrad, 2. Dez. Das neue serbische Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Präsidentin Bakić, Finanzen Rajarevic, Inneres Trifkovic, Öffentliche Arbeiten Kunovic, Krieg und Übergangswirtschaft Dr. Jankovic, Justiz Juricic.

Vom Tage.

Wo liegt die Schuld am Kriege?

Das „Echo de Paris“ gesteht offen zu, daß sich England und Frankreich schon lange vor dem Jahre 1914 zusammengeschlossen haben, um Mitteleuropa widerstehen zu können. Damit rechtfertigt das „Echo de Paris“ nachträglich die deutsche — jetzt verurteilte — Kriegsvorbereitung.

Man wird auch hier fragen dürfen: War das Ziel der Revanchepolitik seit 1871 etwa nicht der Krieg gegen Deutschland? Ebenso das Ziel des widerrechtlichen Bündnisses der französischen Republik mit dem Rußland des Zaren? Ebenso das Ziel der „Entente“ mit England?

Gegen Solz und Erzberger.

Der Vollzugsrat von Groß-Berlin hat im Einverständnis mit dem bayerischen Vollzugsrat beschlossen, zu fordern:

1. daß die vom Vollzugsrat bereits gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts von Solz schleunigst erfüllt wird,
2. daß an Stelle von Solz ein Mann tritt, der stets Gegner des alten Systems und der Kriegspolitik war,
3. die Zusage, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Ein polnisches Ultimatum an Deutschland.

Genf, 3. Dez. Das „Journal de Geneve“ veröffentlicht unter Vorbehalt folgende Depesche: Die pol-

nie einen köstlichen Raub und sah sich nochmals um. Da er sich ganz allein sah — er bemerkte nicht, daß Gräfin Gerlinde drüben, hinter einem Vorhang verborgen, sein Tun mit scharfen Augen verfolgte — drückte er sein blaßes Gesicht mit glühender Inbrunst in das Taschentuch, aus dem ein ganz zarter, feiner Duft wie ein Rauch emporsiegt. Und dann preßte er es an seine Lippen — zwei — dreimal, wie ein Verschmächtelter. Zuletzt barg er es mit zitternden Händen an seiner Brust und sank dann, wie ermattet, in einen Sessel.

Alles das hatte Gräfin Gerlinde beobachtet, nichts war ihr entgangen. Ein wildes, triumphierendes Leuchten brach aus ihren Augen. Sie hatte nun die Gewißheit, daß Henning die junge Frau seines Bruders liebte. Darauf baute sie ihre weiteren Pläne.

Kurze Zeit darauf sah Gräfin Gerlinde Graf Rainer, als er sich von dem Minister verabschiedet hatte, in das Nebenzimmer zu seinem Bruder treten.

Graf Henning gab sich mit einem Kusd Haltung, als er den Bruder sah, und zwang ein Lächeln in sein Gesicht.

„Ach — hier finde ich dich endlich, Henning“, sagte Graf Rainer zu seinem Bruder. „Ich habe dich schon überall gesucht. Wo bist du doch nicht abgelaufen, ohne dir Lebewohl gesagt zu haben. — Du siehst so blaß aus, Henning — bist du nicht wohl?“

Henning wehrte ab und vermochte zu lächeln.

„Ich habe schreckliches Kopfschmerz, Rainer, vielzucht habe ich ein wenig heftig getrunken und zuviel gelacht. Deshalb habe ich mich schon in dies stille Nebenzimmer zurückgezogen, und will mich ein wenig erholen. Aber laß dich nicht aufhalten. Fahr wohl, Rainer — und Glück auf die Reise — für dich und Sofia.“

(Fortsetzung folgt.)

nische Regierung hat an Deutschland ein Ultimatum gerichtet, in welchem sie die sofortige Räumung des polnischen Gebiets durch die deutschen Soldaten verlangt, die furchtbare Verbrechen begangen haben. Sollte Deutschland eine ungenügende Antwort erteilen, so werde sie andere, nötigenfalls militärische Maßnahmen ergreifen. (Eine Bestätigung dieser augenscheinlich tendenziösen Meldung liegt nicht vor.)

Die Rückkehr der Garde nach Berlin.

Berlin, 3. Dez. Gestern nachmittag sind die ersten Truppen des Gardekörps aus dem Westen in der Reichshauptstadt eingetroffen und haben ihren Einzug in Berlin und einen Umzug durch Groß-Berlin gehalten. Der kleinen Gruppe, die eine Musikkapelle begleitete, wurde eine schwarz-weiß-rote Fahne vorangetragen.

Eine Glanzleistung der Pioniere.

Generalmajor Altmann, General der Pioniere der Heeresgruppe V, erhielt folgendes Telegramm:

Am 28. d. M. wurde die letzte der fünf Rheinübergänge bei Rindorf, Niederdollenhof, Königswinter, Rheinbrohl und Neuwied fertiggestellt und dem Verkehr übergeben. Damit ist die den Pionieren der Heeresgruppe gestellte Aufgabe, den zurückmarschierenden Armeen rechtzeitig ausreißende Uebergangsmöglichkeiten über den Rhein zu schaffen, zwei Tage vor dem ursprünglich festgesetzten Termin gelöst worden. Diese hervorragende Leistung eingeseht werden mußten. Ich spreche Generalmajor Altmann sowie Altmann für den Rheinübergang und seiner energischen Leitung aller Vorbereitungsarbeiten in gleicher Weise zu danken, wie der vorzüglichen Mitarbeit aller Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Pioniertruppe, die, vielfach in Gewaltmärschen herangeführt, ohne Pause zu ununterbrochener Tag- und Nacharbeit eingesetzt werden mußten. Ich spreche Generalmajor Altmann sowie allen Beteiligten, die unter ihm zu dem ausgezeichneten Ergebnis beigetragen haben, meinen Dank und meine volle Anerkennung aus. Ich hege die bestimmte Erwartung, daß auch während des Uebergangs der Armeen und bis zum erfolgten Abbau der Brücken jeder in gleicher Weise wie bisher auf seinem Posten bleiben und seine Pflicht bis zuletzt erfüllen wird. gez. v. Einem Generaloberst.

Kölns Vorbereitungen für die Besetzung.

Köln, 3. Dez. Der Durchmarsch der Truppen ist in den beiden letzten Tagen trotz des überaus starken Verkehrs in der Stadt glatt verlaufen. Die Soldaten wurden von der Bevölkerung wieder stürmisch begrüßt. Der Rückzug der deutschen Armee durch Köln ist bereits vollständig bewirkt, heute soll das letzte Regiment, das 371. Inf.-Regiment, die Brücke überschreiten. Bei dieser Gelegenheit soll eine Feier im Dom stattfinden, in der Bürgermeister Altermann die Festrede halten wird. In der Stadt ist man schon rege tätig, die Ehrenpforten abzubauen und die Fahnen einzuziehen. Um noch möglichst viel Kriegsmaterial retten zu können, erteilt der Gouverneur an die Bevölkerung einen Aufruf, wonach Prämien für die Hülfe gezahlt werden an alle, die die Geschütze noch rechtzeitig hinter die neutrale Zone schaffen. Es werden für Feldgeschütze 100 Mark gezahlt, für die Infanterie-Geschütze 200 Mark. Das Gouvernementsgericht Köln schließt heute seine Pforten, nachdem es seit 1915 bestanden hat. Gestern sind die ersten Mitglieder des englischen Offizierkorps in Köln angekommen. Offiziell ist der Bürgermeister schon jetzt unterrichtet, wann die Besetzung eintritt. Die Stadtverwaltung tut ihr möglichstes, um die Engländer zufrieden zu stellen. Sie läßt die Kasernen, die von den Soldaten nicht zum besten verlassen werden, herrichten, und hat auch umfassende Vorkehrungen für die Unterbringung von Flüchtlingen aus Belgien und Frankreich, die noch immer von dort eintreffen, getroffen.

Umgestaltung im Auswärtigen Amt?

Berlin, 2. Dez. Wie der Tag von zuverlässiger Seite erfährt, steht bereits für die allernächsten Tage eine gründliche Umgestaltung des Auswärtigen Amtes bevor. Ob die einschneidenden sachlichen Veränderungen auch solche persönlicher Natur zur Folge haben werden, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen. Eine von anderer Seite gemeldete Verlegung der Frau Kautsky ins Auswärtige Amt an Stelle des Dr. David liegt nicht vor.

Warnung vor ausländischen Einzug nach Berlin.

Berlin, 2. Dez. Das Volkstribunal teilt mit: So gern Ausländer sonst vom Berliner willkommen geheißen worden sind, so dringend müssen sie jetzt vor dem Einzug nach Berlin gewarnt werden. Nach der Rückkehr des Heeres werden sie hier für lange Zeit weder Arbeit, noch Verdienst finden und wider ihren Willen nur die bedenkliche Lebensmittellage der Großstadt verschärfen helfen. Der gerade jetzt sehr lebhafteste Zutritt mittellose Ausländer nach Berlin ist also für diese selbst ohne jeden Vorteil und kann sie überdies in ernste Gefahr bringen.

Der Teilgebiets-Landtag in Posen.

Posen, 2. Dez. Am 3. d. M. 8. Dezember tagt hier der polnische Teilgebiets-Landtag, wozu sich Delegierte der polnischen Bevölkerung zusammenfinden, um aus ihrer Mitte Vertreter zu wählen, welche die Wünsche erhalten, die polnischen Ansprüche, sei es gegenüber den Arbeiterräten oder der Zentralregierung in Berlin, sei es auf dem Friedenskongress zu vertreten.

Süd- und Westfalen besetzt.

Ludwigshafen, 2. Dez. Die Franzosen sind in die südliche und westliche Pfalz eingedrungen. Seit gestern ist jede telegraphische und telefonische Verbindung mit den besetzten Gebieten unterbrochen, auch der Postverkehr ruht.

320 000 Mann französische Besatzung in Elsaß-Lothringen.

Basel, 2. Dez. Nach französischen Nachrichten belaufen sich die Besatzungstruppen Frankreichs für Elsaß-Lothringen auf 320 000 Mann. Strassburg ist von indochinesischen Truppen besetzt.

Die Sowjetwirtschaft bedroht.

Stockholm, 2. Dez. Vier eingetroffene russische Zeitungen beweisen, daß man in Petersburger Sowjetkreisen an der Zukunft der russischen Sowjetrepublik zweifelt. Das offizielle Organ des Petersburger Arbeiterrats beschäftigt sich bereits mit der zukünftigen Gestaltung Rußlands.

Die Entente schlägt den sowjetfeindlichen Kreisen vor: Gemeinsame Vertreibung Rußlands aus dem Friedenskongress, Rückgabe aller Gebiete wie vor 1914, Zurückhaltung der Japaner.

Wilhelm II. an Herdenleiden erkrankt.

Amsterdam, 2. Dez. Der frühere Kaiser Wilhelm II. hat einen Herdenanfall erlitten. Er soll beabsichtigen, sich in ein Sanatorium in der Umgegend von Utrecht zu begeben.

Englische Gutachten für Auslieferung Wilhelms II.

Osag, 2. Dez. Aus London wird gemeldet, daß der in England sehr angesehene Jurist Walker ein Gutachten ausgearbeitet hat, nach dem die Auslieferung Wilhelms II. an Frankreich zu erfolgen habe.

Bolschewismus bei Tschechen und Slowaken.

Budapest, 2. Dez. Unter den tschechisch-slowakischen Truppen in Ungarn ist der Bolschewismus ausgebrochen. Sie haben alle ihre Offiziere verjagt und plündern Städte und Dörfer.

3200 Opfer der Lemberger Pogrome.

Wien, 2. Dez. Nach den letzten Nachrichten sind in Lemberg den Judenverfolgungen allein an Toten 3200 Personen zum Opfer gefallen.

Großfeuer in Wien.

Wien, 2. Dez. Heute früh wurde auf dem Gelände des Arenas ein Feuer entzündet. In einem Teil des Gebäudes, wo große Vorräte aufbewahrt waren, war das Feuer wahrscheinlich schon im Laufe der Nacht ausgebrochen. Zur Zeit der Entdeckung hatte es bereits großen Umfang angenommen. Rucher Vorräte brennt noch ein Facheisdepot, in dessen Nähe große Massen von Explosivstoffen liegen.

Gänzliche Abspernung der Schweiz.

Brug, 2. Dez. Nach Äußerungen der hier weilenden Schweizerischen Kommission haben die Schweizer Behörden jede Ein- und Durchreise für das Schweizer Gebiet verboten.

Deutsch-Schweizer will nicht allein zahlen.

Wien, 2. Dez. Das Kriegsministerium hat alle Zahlungen für Kriegslieferungen eingestellt. In den industriellen Kreisen herrscht große Bestürzung, da es sich um 1 1/2 Milliarden Kronen rückständige Zahlungen handelt. Das Kriegsministerium erklärt, die Einstellung sei nicht wegen Zahlungsunfähigkeit erfolgt, sondern aus der Erwägung, daß Deutsch-Schweizer unmöglich alle Schulden zahlen könne, an denen doch alle Nationen der ehemaligen Monarchie beteiligt seien.

Siebenbürger Landwirte und Arbeiter gegen die Rumänen.

Budapest, 2. Dez. Während die nationalitätsgesinnten Rumänen sich zur Nationalversammlung in Karlsburg anschließen, wendet sich der Ausschuss der rumänischen Landwirte und Arbeiter an das rumänische Volk mit einem Aufruf, der sich gegen den Plan wendet, sie unter die Herrschaft des rumänischen Königs und der rumänischen Bojaren zu bringen. Landwirte und Arbeiter wollen nur in einer sozialistischen Republik leben.

Deutschen- und Judenverfolgungen in Prag.

Prag, 2. Dez. Die gefrigen Unruhen auf vielen Straßen richteten sich zunächst gegen die Juden, nahmen aber dann nationalitätlichen Charakter an. Deutsche Offiziere wurden angegriffen, das deutsche Haus wurde von Militärpatrouillen besetzt. Im Deutschen Landestheater erschien abends ein Polizeikommissar und forderte das Publikum auf, das Theater zu verlassen, was auch in vollster Ruhe geschah.

Das Siedlungsland für Krieger.

Hunderttausende von neuen Bauernstellen.

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts Bauer sagt in einem Aufruf an die heimkehrenden Landarbeiter und an alle, die vor dem Kriege auf dem Lande tätig waren:

Geht nicht in die Städte und Industriebezirke. Dort fehlt es an Wohnungen und ist die Arbeitslosigkeit schon wegen der mangelnden Rohstoffe knapp. Auf dem Lande ist eine durchgreifende Umgestaltung der Verhältnisse im Gange. Mehrere Millionen Acker — Raum genug für Hunderttausende von selbständigen Bauernstellen — werden unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen großen Berufsverbände zur Kultivierung bereitgestellt werden. Das Werk wird so schnell vollendet werden wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Bau-, Transport- und Geldverhältnisse es gestatten: bis dahin findet Ihr auf dem Lande Unterkunft und lobende Beschäftigung.

Ein Gesetz ist in Vorbereitung, das die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, für die Herstellung der nötigen Wohnungen in angemessener Frist Sorge zu tragen und Bauland für den Hausbaubedarf zu beschaffen. In allen Provinzen und Bundesstaaten erteilen die Siedlungsgesellschaften, Gewerkschaften oder Arbeitsnachweiskstellen Auskunft. Wie auch in dem Aufruf Dinsburgs in gleicher Angelegenheit gesagt wird, sollen Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker mit billigen öffentlichen Geldern angehebelt werden. Auch an städtische Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende richtet sich die Aufforderung des Reichsarbeitsamts.

Wer sich auf die Landwirtschaft versteht, oder willens ist, sie zu erlernen, sollte, wenn irgend möglich, auf das Land zurückkehren. Bis neue Wohnungen gebaut sind, werden sich viele behelfen müssen, so gut es geht. Da aber unter Mitwirkung der großen landwirtschaftlichen Berufsverbände das großartige Siedlungswerk in die Wege geleitet ist, so kann der arbeitswillige Mann auf dem Lande ein besseres Auskommen erwarten als in der Stadt mit ihrer vielfach darniederliegenden Industrie; er hat die Aussicht, sich auf dem Lande ein eigenes Heim zu erwerben. Viele können darauf rechnen, allmählich zur vollen wirtschaftlichen Selbstständigkeit aufzusteigen.

Volkswirtschaft.

* **Abschreibungsverbot von Grün- und Weißkohl.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat angeordnet, daß Grünkohl und Dauerweißkohl erst vom 15. Dezember ab im Gebiet des Deutschen Reiches abgesetzt werden dürfen, und daß Handelsverhandlungen strafbar sind; auch auf Eingabe der ohne Genehmigung abgesetzten Waren kann erkannt werden.

* **Umwandlung fremder Geldsorten für Soldaten.** Das Kriegsministerium in Berlin hat mit dem Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und einer großen Anzahl von Banken ein Abkommen getroffen, demzufolge den heimkehrenden deutschen Soldaten die in fremden Geldsorten erhaltenen Gehaltsbeträge an den Schaltern dieser Banken sofort frei zu den amtlichen Militärkassenkursen eingewechselt werden. Diese Kurse sind bis auf weiteres:

1 österreichische Krone	= 0,57 Mark
1 bulgarischer Lew	= 0,80
1 rumänischer Lei	= 0,80
1 finnische Mark	= 0,80
1 polnische Mark	= 1,00
1 russischer Rubel	= 1,00
1 italienische Lira	= 0,66
1 belgischer Franken	= 0,80
1 französ. Franken	= 0,80

(alle Sorten)

(französisch, Stadtgeld)

= 0,75 Mark)

1 türkische Lira| | |
| --- | --- |
| 1 türkische Pfund | = 20,00 |

* **Weinfeste an der Mosel.** Von der Mosel wird berichtet: Während bis vor kurzem die Trauben geerntet höher im Preise standen als in Friedenszeiten, sind sie heute auf das Vierfache gesunken. Ähnlich ist es mit dem Wein selbst. Was am Tage vorher im Fuder noch 7000 bis 8000 Mark kostete, was angestrichen zurückgehalten wurde, das wird beinahe eilig ausgetrieben und um ein Drittel billiger abgegeben als zuvor. Die Weinwirte, die ihre Keller voll haben, geben heute den Schoppen Wein für 1 bis 1,50 RM. zum Markschank, während sie vor einigen Tagen noch 2,50 bis 3,50 Mark für die gleiche Menge und Güte verlangt haben.

* **Arbeitsaufnahme im Kohlenrevier.** Der 2. B. am Mittag wird aus dem ober-schlesischen Kohlenrevier berichtet.

daß die Lage jetzt fast wieder normal sei. Von einer halben Million Grabenarbeitern befanden sich nur noch etwa 1100 im Auslande. Es wird erwartet, daß auch diese bald zur Arbeit zurückkehren werden, und es besteht die Hoffnung, daß der wirtschaftliche Friede in absehbarer Zeit nicht wieder gestört werden wird.

* **Bevorstehende Freigabe von Siegel.** Wie eine Berliner Korrespondenz erfahren haben will, kann mit der Aufhebung der Beschlagnahme der Siegelindustrie in aller nächster Zeit gerechnet werden. Der Freigabe von Siegel sollen jedoch schon jetzt nach Möglichkeit keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden, da von behördlicher Seite der größte Wert auf eine Förderung der Bautätigkeit gelegt wird.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 4. Dezember 1918.

* **Das Eisene Kreuz 1. Klasse** erhielt Stabsarzt Dr. Schiefe von der hiesigen Heil- und Pflegeanstalt.

* **Erhöhung der Eisenbahntarife in Sicht.** Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist mit einer neuen beträchtlichen Heraussetzung der Eisenbahntarife zu rechnen. Es war bereits zwischen den beiden aus dem Amt geschiedenen Ministern Brüdenbach und Hergt eine Verständigung darüber erzielt worden, daß die Tarife um 25% erhöht werden müssen. Die neue Regierung wird nun nochmals zu dieser Frage Stellung nehmen müssen. Sollte sich, woran kaum ein Zweifel ist, erweisen, daß die Heraussetzung der Tarife nicht zu umgehen ist, so wird diese in Kraft treten.

* **(Bekämpfung des Hamsterverkehrs.)** Der Eisenbahnminister hat zur Bekämpfung des Hamsterverkehrs weitere sehr erhebliche Zugangsbeschränkungen und folgende Maßnahmen angeordnet: Beschränkung des Fahrkartenausverkaufs, frühzeitige Schließung der Fahrkartenausgaben und teilweise Beseitigung der 4. Wagenklasse. Zur Durchführung dieser Maßnahmen sind die Eisenbahndirektionen angewiesen, rechtzeitig die Bereitstellung polizeilicher Hilfe sicher zu stellen, falls es zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Bahnhöfen geboten erscheint, oder Ausschreitungen von Reisenden zu befürchten sind.

Schwaneheim a. M. In unserem Ort scheint man den bitteren Ernst der Lage, den gegenwärtig alle Welt durchlebt, noch nicht begriffen zu haben. Denn für Sonntag und Montag hatten hier unternehmungslustige Leute, meistens 18-20 jährige Burschen, zahlreiche „Bergnügungsfeiern“, „gemütliche Zusammenkünfte“ u. dgl. bei verschiedenen Wirten angezeigt.

Frankfurt. Umrauscht von zehntausenden von Fahnen, die von allen Zinnen und Altanen grüßten, und von dem Jubelsturm einer hunderttausendköpfigen Menge bewillkommnet, hielt am Montag mittag die stürmerprobte 213. Division mit General v. d. Marwitz an der Spitze ihren Einzug in die Mainstadt. Länger als zwei Stunden dauerte es, bis der gewaltige Zug, den das 5. Husarenregiment eröffnete, an den Zuschauern vorbei marschiert war. Auf dem festlich geschmückten Opernplatz fand ein Empfang der Division durch die militärischen und städtischen Behörden statt. Nach einer Begrüßungsansprache eines Soldatenrates und des Oberbürgermeisters Boigt sprach General v. d. Marwitz der Stadt seinen und seiner Division Dank für den wunderbaren Empfang aus, der allen Soldaten unvergesslich sein werde. Ein wehevoller Gesang des Opernchors schloß die Feierstunde. Unter ungeheurem Jubel zog hierauf die Division nach der Friedberger Anlage, wo eine Parade stattfand. — Die meisten Truppen blieben als Gäste der Stadt hier und wurden in Schulen einquartiert, während der Rest nach Wilbel, Dordelweil und anderen Orten der Wetterau weiterzog, um hier Quartiere zu beziehen. Den hier einquartierten Truppen wurden Liebesgaben in reicher Fülle zur Verfügung gestellt, die Theater und Vergnügungsorte gewährten freien Eintritt.

— Das hiesige Nachrichtenamt des A. und S. Rates erhielt heute die Meldung, daß eine Besetzung von ganz Frankfurt nicht in Frage komme.

Wiesbaden, 3. Dez. Wie im Viehbrücker A. und S. Rat mitgeteilt wurde, ist Reichstagsabg. Dr. Quardt aus der hiesigen Regierung ausgeschieden und folgt einem Ruf nach Berlin. Der gleichen Quelle zufolge wurde dem Regierungspräsidenten Dr. v. Meißner und dem Landrat v. Heimburg ein Ultimatum gestellt. Landrat v. Heimburg hat einen Urlaub angetreten.

Mainz. Nach Mitteilungen der Heeresgruppe Gallwitz ist das Eintreffen der feindlichen Stäbe und Borkommandos in Mainz für Samstag, den 7. Dezember zu erwarten. Die Uebergabe der Festung erfolgt voraussichtlich am 8. Dezember.

— Drei 12-16 jährige Jungen wurden durch die Explosion einer Handgranate, mit der sie leichtfertig spielten, schwer verletzt.

Vom Rhein. Die Königl. bzw. Staatsdomänen von Eberbach, Eltville und Rüdesheim lassen ihre in den dortigen Kellern lagernden unversehrten Weine auf dem Wasserwege nach Würzburg schaffen, da sie befürchten, daß der einziehende Feind die Domänen als Staatseigentum erklärt und beschlagnahmt.

Trier. Amerikanische Truppen sind Sonntag nachmittag 2 Uhr in Trier eingerückt. Das 6. amerikanische Infanterie-Regiment hat die Stadt besetzt. Am Montag fanden weitere Durchmärsche von amerikanischen Truppen statt, die in der Richtung auf Koblenz marschierten. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Besatzung mit der Polizei übernommen. In einer Verfügung des Oberbürgermeisters im Auftrage der amerikanischen Kommandantur wird bestimmt, daß alle Waffen bis zum 5. Dezember abgegeben sein sollen. Die amerikanischen Truppen dürfen die Wirtschaften nachmittags zwischen 5 und 9 Uhr besuchen.

* **Errichtung eines Reichsluftamts.** Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht folgende Verordnung des Rates der Volksbeauftragten: Bis zum Erlaß eines Gesetzes über die Regelung der Luftfahrt ordnet das Reichsamt des Innern provisorisch die Verhältnisse der Luftfahrt. Zur Ausführung dieser Aufgabe errichtet es ein Reichsluftamt. Dem Kriegsminister liegt es ob, zur Sicherung der Anordnungen eine militärische Flugüberwachung einzurichten.

* **Gewalttätige Befreiung von Plünderern in München.** In München wurden 14 wegen Plünderens in die Militärarrestanstalt eingelieferte Soldaten von 50 bis 60 Soldaten unter Führung mehrerer Frauen gewalttätig befreit. In einigen Bureaus rissen sie die Telefonapparate herunter und ließen sich auch noch grobe Ausschreitungen auskosten. Bewaffnete, die in einem Militärouto die Stadt durchzogen, erzwangen unter Drohungen die Entfernung der zur Begrüßung der heimkehrenden Truppen aufgehängten deutschen Fahnen.

* **Die Auflösung des Nichthofen-Geschwaders.** Das berühmteste deutsche Jagdgeschwader Nichthofen demobilisiert zurzeit in Altschaffenburg. Seit Gründung des Geschwaders haben die in ihm vereinigten Jagdstaffeln über 900 Abschüsse erzielt, 118 Offiziere und 4 Mannschaften durch Tod verloren und über 1800 Offiziere durch schwere Verwundung eingebüßt. Nicht weniger als 39 Offiziere sind Träger des Pour le mérito. Die erste Forderung des Franzosen bei den Waffenstillstandsverhandlungen war die Auslieferung dieser rotgezeichneten verhassten Flugzeuge.

* **In der Notwehr erschossen.** Die Schweidnitzer Tgl. Rdsch. meldet folgendes Vorkommnis aus Biskau, Kr. Striegau: Ein dort stationierter Wachmann des Kriegsgeschwaders Kommandos begab sich mit geladenem Gewehr in die Wohnung eines Arbeitgebers und suchte bei diesem Forderungen durchzusetzen. Es entspann sich eine heftige Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Wachmann das geladene Gewehr emporhob und einen Schuß auf den Arbeitgeber abfeuerte. Der Schuß verfehlte sein Ziel. Als der Wachmann nochmals das Gewehr lud, setzte sich der Bedrohte mit einer Pistole zur Wehr. Sein Schuß traf den Angreifer in den Oberbauch und setzte ihm die Schlagader, so daß er bald darauf verstarb.

* **Universitätslehrgänge für Kriegsteilnehmer.** Ein loebender vom Ministerium der Provinzialstudienkollegen zu gehender Erlass bestimmt, daß für Kriegsteilnehmer besondere Lehrgänge an den Universitäten zur Wiedereinführung in die Wissenschaft eingerichtet werden.

* **Beim Spielen mit Sprengkörpern schwer verletzt.** Mehrere Kinder spielten auf dem Truppenübungsplatz der Minenwerfer in München mit aufgefundenen Sprengkörpern, die sich hierbei entzündeten. Vier Knaben wurden sehr schwer verletzt und sanden ihren Tod.

* **An der holländischen Grenze erschossen.** Ein aus dem Felde heimgekehrter holländischer Bürger wurde, als er in Begleitung seines Bruders bei Baals die Grenze überschritt, von einem holländischen Soldaten erschossen. Den Halbtod des Soldaten haben die beiden Brüder vermutlich überhört.

* **32 Millionen Kronen verschwunden.** Aus den Filialen der Österreichisch-ungarischen Bank wurde, laut N. Wiener Tagbl., anlässlich des Rückzuges unserer Truppen vom Balkan der größte Teil der Geldbestände nach Ujvidék gebracht, wo insgesamt 32 Millionen Kronen auf den Weitertransport warteten. Wegen des raschen Vordringens der Serben wurde dieser Betrag in zwei Paketen verpackt und zwei Piloten, einem Offizier und einem Stabsfeldwebel, übergeben, die das Geld mittels Flugzeuges nach Sieged bringen sollten. Die Piloten sind mit dem Geld verschwunden.

* **Eine Million Rubel geraubt.** Sechs bewaffnete Räuber drangen als deutsche Soldaten verkleidet in das deutsche Generalkommando in Dorpat und raubten eine Million Rubel in Hundert- und Tausendrubelscheinen. Es gelang den Räubern unerkannt mit ihrer Beute zu entkommen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Viehählung.

Nach Beschluß des Bundesrats findet heute wiederum eine kleine Viehählung und zwar in derselben Weise wie diejenige am 1. Juni und 2. September ds. Js. statt. Durch die Zählung soll ein zutreffendes Ergebnis des vorhandenen Viehbestandes gewonnen werden.

Wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft. Vieh, welches verschwiegen wird, kann im Urteil als dem Staat verfallen erklärt werden.

Herborn, den 4. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Verkauf von Militärpferden.

Am Donnerstag, den 5. ds. Mts., vormittags 10 Uhr kommen auf dem Gutshof der Heil- u. Pflegeanstalt

70 Militärpferde und 35 Wagen

zum öffentlichen Verkauf.

Händler werden als Bieter nicht zugelassen.

Herborn, 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Verteilung von Unterwäsche an die minderbemittelte Bevölkerung.

Die Anmeldung von Bedarf an Wäschestücken für Kinder von 1-7 Jahren kann am Donnerstag, den 5. ds. Mts., auf Zimmer Nr. 8 erfolgen.

Nur solche, welche wirklich bedürftig sind, wollen sich melden, da nur eine kleine Anzahl Unterwäsche zur Verfügung steht.

Außer Kinderwäsche können auch noch eine ganz geringe Anzahl Herrenhemden und Herren-Unterhosen verteilt werden.

Herborn, den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Obgleich für die Desinfektion (Entlausung) der durchmarschierenden Truppen bereits nach Möglichkeit Vororge getroffen worden ist, werden von der dazu berufenen militärischen Stelle der 1. Armee noch folgende Maßnahmen angeordnet:

1. Bereitstellung eines mit warmem Wasser gefüllten Waschkübel zum Abbaden des Körpers, nach Möglichkeit in den Einzelmarschquartieren;
2. Bereitstellung eines Waschkessels bzw. eines großen Behältnisses zum evtl. Auskochen der Leibwäsche;
3. Bereitstellen von heißen Bügeleisen zum Ausbügeln von Leibwäsche, Uniformen und wollenen Decken;
4. Wo Brauereien oder sonstige größere Betriebe zur Verfügung stehen, ist die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht in einem großen Kesselraum durch heiße Luft, eingeleiteten Wasserdampf oder auch heißes Wasser die Desinfektion (Entlausung) im großen Maßstab gemeinsam vorgenommen werden kann;
5. Sollten Fabriken große Brauanlagen bzw. Badeeinrichtungen im Betrieb haben, so sind die Fabrikleitungen um Ueberlassung dieser Einrichtungen für die Truppe zu ersuchen.

Das Eintreffen der Truppen kann täglich erfolgen.

Dillenburg, den 30. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Wird hiermit veröffentlicht.

Herborn, den 4. Dezember 1918,

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Diejenigen Frauen und Mädchen, welche sich an den Nahrungsmitteln für die Weihnachtsbesorgung der Kriegerangehörigen beteiligen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Woche am

Mittwoch und Donnerstag, abends 8 Uhr

im Rathausaal genäht wird.

Um zahlreiche Beteiligung wird dringend gebeten.

Herborn, den 3. Dezember 1918.

Kriegsfürsorge-Ausschuß.

Zu einer am Donnerstag, den 5. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr im Lokale von Louis Lehr stattfindenden

Mitgliederversammlung

laden wir die Mitglieder der deutschen demokratischen Partei, sowie diejenigen, die gesonnen sind, an diesem Abend ihren Beitritt zu erklären, höflich ein.

Fortschrittlicher Volksverein.

Rübenschnneider, Rübenmühlen

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt

J. W. Rinder, Sinn.

Zwei tüchtige

Schuhmacher-Gesellen

sofort gesucht.

Karl Bertelmann, Schuhmachermeister, Herborn, Hauptstraße 71.

Suche für sofort ein braves

Mädchen.

Frau Carl Meckel Wwe., Sandweg 6.

Ordentliches, fleißiges Mädchen

für meine Lazarettküche zum baldigen Eintritt gesucht.

Fritz Almann, Schloßhotel, Dillenburg.

Tüchtiges, in allen Hausarbeiten erfahrendes

Mädchen

zum 15. Dezember oder 1. Januar gesucht.

Frau Karl Fuhs, Rarburg a. d. Lahn, Werderstr. 4.

Dreibeinige runde Schemel

zu verkaufen.

Gebr. Neuendorff, Herborn.

Nehme Bestellungen auf Weihnachtsbäume

entgegen.

Frau Peukert, Holzmarkt 1.

Gute

Bogelsberger Fahrkuh

(hochträchtig) steht zu verkaufen.

Drachtzieherm. Kämpfer, Merkenbach.

Eine Simmentaler Kuh,

rechts und links gefahren, das dritte mal tragend, zu verkaufen.

Friedrich Wenel, Kölschhausen (Kr. Wehlar).

Junge, frischmelkende

Kuh

(gute Fahrkuh) mit Kalb zu verkaufen.

Johannes Heuser, Kölschhausen bei Wehlar

Zwei hochträchtige Schafe

zu verkaufen.

Johannes Heuser, Kölschhausen bei Wehlar.

Zwangsversteigerung.

Donnerstag, den 5. Dez., nachm. 2 1/2 Uhr wird in Driedorf auf dem Zimmerplatz am Bahnhof

mehrere Haufen Bohlen und starke Bretter

öffentlich versteigert.

Weber, Gerichtsvollzieher.